



**Technische
Betriebe**
Wilhelmshaven

Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksentwässerungsan- lagen der Stadt Wilhelmshaven

Stand: 01.01.2011



Nordsee Stadt
■ Wilhelmshaven

Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven

in der Fassung nach der Änderung vom 15.12.2010

Arbeitshinweis:

Diese Fassung beinhaltet die Änderungen der Änderungssatzung vom 15.12.2010 und stellt somit die ab 01.01.2011 gültige Fassung dar.

Aufgrund der §§ 6 und 83 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), § 149 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 28.10.1982 (Nds. GVBl. S. 425), zuletzt geändert durch Art. 4 des Niedersächsischen Haushaltsanpassungsgesetzes vom 20.12.1982 (Nds. GVBl. S. 526) und § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 08.02.1973 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch § 80 Abs. 1 Nr. 25 des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 02.06.1982 (Nds. GVBl. S. 139), hat der Rat der Stadt Wilhelmshaven in seiner Sitzung am 20.05.1987 folgende Satzung beschlossen:

Satzung
über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für die Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven

§ 1

Allgemeines

Die Gemeinde betreibt Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen (abflusslose Gruben und Hauskläranlagen) als öffentliche Einrichtung nach Maßgabe ihrer Abwasserbeseitigungssatzung. Für die Inanspruchnahme dieser Einrichtung erhebt die Gemeinde Benutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Gebührenmaßstäbe

- (1) Die Benutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen wird für die Entsorgung von abflusslosen Sammelgruben, Hauskläranlagen und Kleinstkläranlagen bzw. Sammelgruben in Kleingärten bzw. Freizeitgärten getrennt und nach verschiedenen Maßstäben berechnet.
- (2) Die Benutzungsgebühr für Hauskläranlagen wird berechnet
 - a) als Grundgebühr für jede zu entsorgende Hauskläranlage und
 - b) nach der Schmutzwassermenge, die in die Hauskläranlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Schmutzwasser.
- (3) Als in die Hauskläranlage gelangte Schmutzwassermenge gilt
 - a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Versorgungsanlagen zugeführte und durch Wassermesser ermittelte Wassermenge,
 - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge.

- (4) Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angabe des Gebührenpflichtigen geschätzt.
- (5) Die dem Grundstück zugeführte Wassermenge wird durch Wassermesser ermittelt. Bei der Wassermenge aus der öffentlichen Versorgungsanlage gilt die für die Erhebung des Wasserentgeltes zu Grunde gelegte Verbrauchsmenge. Lässt der Abgabepflichtige bei privaten Versorgungs- und Gewinnungsanlagen keinen Wassermesser einbauen, ist die Gemeinde berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen. Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Gemeinde unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Abgabepflichtigen geschätzt.
- (6) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Entwässerungsanlage gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Entsorgung stattgefunden hat, bei der Stadt einzureichen. Die abzusetzende Wassermenge ist durch Wassermesser nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muss. Die Wassermesser müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn der Nachweis durch Wassermesser nicht zu führen ist, kann die Stadt als Nachweis über die Wassermenge prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (7) Die Benutzungsgebühr für abflusslose Sammelgruben wird berechnet
 - a) als Grundgebühr für jede zu entsorgende Sammelgrube und
 - b) nach cbm-Grubeninhalte, der abgefahren wird, gemessen an der Meßeinrichtung des Spezialabfuhrfahrzeuges. Bei jeder Entsorgung ist die Menge des abzufahrenden Anlageninhalts zu ermitteln und vom Grundstückseigentümer oder dessen Beauftragten zu bestätigen. Der Grubeninhalte wird auf volle bzw. halbe cbm abgerundet.
- (8) Die Benutzungsgebühr für Kleinstkläranlagen und abflusslose Sammelgruben in Kleingärten bzw. Freizeitgärten wird als Festgebühr für jeden zu entsorgenden Kleingarten bzw. Freizeitgarten berechnet.
- (9) Falls der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen gem. § 14 der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Wilhelmshaven nicht oder nicht ausreichend nachkommt und sich dadurch Mehraufwendungen ergeben, ist er zum Ersatz der hierdurch bedingten Mehrkosten verpflichtet.
- (10) Hauskläranlagen, die ihre Funktion als Kläranlage verlieren und deshalb geleert werden müssen, werden wie Sammelgruben behandelt.

§ 2 a

Gebührensätze

1. Die Grundgebühr für jede Entsorgung einer Hauskläranlage beträgt 45,87 €.
2. Die Grundgebühr für jede Entsorgung einer Sammelgrube beträgt 44,89 €.
3. Die Entsorgungsgebühr für Hauskläranlagen beträgt für jeden vollen cbm Schmutzwasser (Frischwasser) 1,03 €.
4. Die Gebühr für abflusslose Sammelgruben beträgt je cbm abgefahrenen Grubeninhalt 12,82 €.
5. Die Festgebühr für Kleingärten bzw. Freizeitgärten beträgt 62,55 €.

§ 3

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte gebührenpflichtig. Gebührenpflichtig sind außerdem Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (2) Bei Eigentumsänderungen oder anderer Änderung der dinglichen Berechtigung von an die dezentrale Abwasseranlage angeschlossenen Grundstücken ist das Datum der grundbuchamtlichen Eintragung maßgebend. Beim Wechsel der Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendermonats auf den neuen Verpflichteten über. Der bisherige Gebührenpflichtige hat den Wechsel der Stadt mitzuteilen. Wenn der bisher Verpflichtete die Mitteilung hierüber versäumt, so haftet er für die Gebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Stadt entfallen, neben dem neuen Verpflichteten.

§ 4

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Inbetriebnahme der Grundstücksabwasseranlage.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Grundstücksabwasseranlage außer Betrieb genommen und dies der Gemeinde schriftlich mitgeteilt wird.
- (3) Die Gebührenschuld entsteht jeweils mit der Anlieferung des abgesaugten Fäkelschlammes bzw. Abwassers auf der zentralen Kläranlage der Stadt.

§ 5

Festsetzung und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Heranziehung zur Gebühr erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann.
- (2) Die Gebühr ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zu zahlen.

§ 6

Auskunftspflicht und Zugangsrecht

- (1) Die Gebührenpflichtigen haben der Stadt und den von ihr Beauftragten jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Gebühren erforderlich ist.
- (2) Die GEW Wilhelmshaven GmbH ist verpflichtet, der Stadt - Technische Betriebe Wilhelmshaven - den jährlichen Frischwasserverbrauch der an die dezentrale Schmutzwasserentsorgung angeschlossenen Grundstücke bis zum 31.01. des Folgejahres gegen Kostenerstattung bekanntzugeben.

Die betroffenen Grundstücke werden der GEW Wilhelmshaven GmbH von der Stadt bis zum 10.01. des dem Verbrauchsjahr folgenden Jahres mitgeteilt.

- (3) Die Stadt und die von ihr Beauftragten können an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Abs. 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu unterstützen. Insbesondere ist zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus dieser Satzung der ungehinderte Zugang zu allen auf den Grundstücken gelegenen Grundstücksabwasseranlagen zu gewährleisten.“

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer entgegen § 6 die für die Gebührenberechnung erforderlichen Auskünfte nicht erteilt oder nicht duldet, dass die Stadt oder die durch sie Beauftragten das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 8

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.08.1987 in Kraft.

Wilhelmshaven, den 26.06.1987

Menzel
Oberbürgermeister

Schreiber
Oberstadtdirektor

Erstmals veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 30 vom 24.07.1987. Inkrafttreten am 01.08.1987.

Erste Änderung vom 21.09.1988 tritt mit Wirkung vom 01.01.1988 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 45 vom 11.11.1988, Seite 1118 ff.

Zweite Änderung vom 19.07.1989 tritt mit Wirkung vom 01.01.1989 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 39 vom 29.09.1989, Seite 998.

Dritte Änderung vom 25.11.1992 tritt mit Wirkung zum 01.01.1993 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 51 vom 18.12.1992, Seite 1656.

Vierte Änderung vom 15.12.1993 tritt mit Wirkung zum 08.01.1994 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 1 vom 07.01.1994, Seite 27.

Fünfte Änderung vom 19.10.1994 tritt mit Wirkung vom 01.01.1995 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. vom, Seite ...

Sechste Änderung vom 18.12.1996 tritt mit Wirkung vom 01.01.1997 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. vom, Seite ...

Siebte Änderung vom 17.12.1997 tritt mit Wirkung vom 01.01.1998 in Kraft.

Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. vom, Seite ...
Achte Änderung vom 25.11.1998 tritt mit Wirkung vom 01.01.1999 in Kraft.

Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 50 vom 11.12.1998, Seite 1158.

Neunte Änderung vom 06.12.2001 tritt mit Wirkung vom 01.01.2002 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 51 vom 21.12.2001, Seite 1350

Zehnte Änderung vom 26.11.2003 tritt mit Wirkung vom 01.01.2004 in Kraft.
Veröffentlicht im Amtsblatt Regierungsbezirk Weser-Ems Nr. 51 vom 19.12.2003, Seite 1100

Elfte Änderung vom 30.11.2005 tritt mit Wirkung vom 01.01.2006 in Kraft.
Veröffentlicht in den Amtlichen Bekanntmachungen in der Wilhelmshavener Zeitung vom 03.12.2005; Seite 60

Zwölfte Änderung vom 22.11.2006 tritt mit Wirkung vom 01.01.2007 in Kraft.
Veröffentlicht in den Amtlichen Bekanntmachungen in der Wilhelmshavener Zeitung vom 25.11.2006, Seite 61

Dreizehnte Änderung vom 28.11.2008 tritt mit Wirkung vom 01.01.2009 in Kraft.

Veröffentlicht in den Amtlichen Bekanntmachungen in der Wilhelmshavener Zeitung vom 06.12.2008, Seite 78

Vierzehnte Änderung vom 15.12.2010 tritt mit Wirkung vom 01.01.2011 in Kraft.
Veröffentlicht in den Amtlichen Bekanntmachungen in der Wilhelmshavener Zeitung vom 18.12.2010, Seite 59